

köwi Journal

ökologisch:sozial:lokal

Unabhängiges und überparteiliches Magazin der Königswinterer Wählerinitiative e.V (KöWI). Informationen und Meinungen zur Kommunalpolitik in unserer Stadt.

AUSGABE
01/2018

BAUEN AM RHEIN DIE NATUR HAT DAS NACHSEHEN



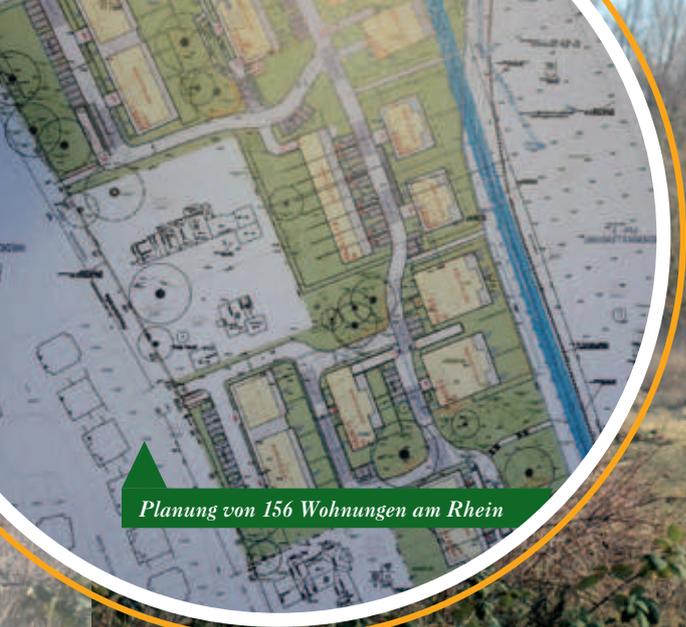
RHEINALLEE: MEHR SICHERHEIT
UND ATTRAKTIVITÄT S.3



SOZIALER WOHNUNGSBAU:
GROSSER NACHHOLBEDARF S.4



TEMPO 30: VORSCHLÄGE DER
KÖWIS ABGELEHNT S.5



Planung von 156 Wohnungen am Rhein



SUMPFWEG-SÜD-BEBAUUNG SÜNDENFALL MIT VERPASSTEN CHANCEN

Kaum ein Thema regt die Bevölkerung in Königswinter derzeit mehr auf als die geplante Bebauung einer der letzten Freiflächen am Rhein in Niederdollendorf, genannt „Sumpfweg-Süd“. Da geht es um das Gefühl, gar nicht oder falsch informiert worden zu sein. Und es geht um die Sorge vor mangelhafter Hochwasservorsorge.

Eine Reihe von aktiven Bürgern ist außerdem fest entschlossen, den 1998 vom Stadtrat beschlossenen Bebauungsplan wieder rückgängig zu machen.

Das ist aus Sicht der KöWIs zwar verständlich, weil die Bebauung der Rheinwiesen aus ökologischer und städtebaulicher Sicht abzulehnen ist. Dennoch ist die Aufhebung des Bebauungsplanes unrealistisch. Er hat seit 1998 Rechtskraft und kann nicht mehr entschädigungsfrei zurückgenommen werden.

Die große Chance hierzu wurde 2008 veran. Zum damaligen Zeitpunkt hat der heutige KöWI-Fraktionsvorsitzende und damalige Ratscherr von „Bündnis 90-Die Grünen“, Lutz Wagner, mit seiner Fraktion und der SPD beantragt, den Bebauungsplan aufzuheben. Die damalige CDU/FDP-Mehrheit hat das verhindert. Warum wäre die Aufhebung 2008 – anders als heute – möglich gewesen? Bis zum September 2008 hatte der Eigentümer keine Anstrengungen zur Erschließung des Baugebietes vorgelegt, d.h. er hat im Sinne des §39 Baugesetzbuch (BauGB) keine Vorbereitungen für die Verwirklichung von Nutzungsmöglichkeiten getroffen. Dementsprechend hätte der Rat den Be-

bauungsplan entschädigungsfrei oder zu minimalen Kosten aufheben können. Die heutige Situation erfüllt spätestens seit dem Erschließungsangebot des Eigentümers die Voraussetzungen für „ein berechtigtes Vertrauen auf den Bestand des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes“.

Gemäß BauGB könnte der Eigentümer bei einer Entschädigungsklage den Wert des Grundstücks zugrunde legen, der sich infolge einer zulässigen Nutzung für ihn ergeben hätte. Letztendlich müsste dies ein Gericht entscheiden, aber der Ausgang und die Größenordnung des finanziellen Schadens für die Stadt wären absehbar. Unter normalen Umständen würde es aber soweit gar nicht kommen, denn der Bürgermeister müsste einen derartigen Aufhebungsbeschluss formal beanstanden, weil der Beschluss das Wohl der Gemeinde gefährdet. Sollte der Rat ihm dann nicht folgen, würde die Kommunalaufsicht eingreifen. Wer hier der Kommunalpolitik pauschal vorwirft, fahrlässig eine Chance zu verspielen, ignoriert geltende Gesetze und setzt die Stadt nicht unerheblichen finanziellen Risiken aus. Die Überlegung, den Bebauungsplan jetzt noch aufzuheben, ist leider eine Sackgasse, weil CDU und FDP bereits 2008 den Willen der Bevölkerung ignoriert haben.

Die Planung am Sumpfweg sieht vor, 156 neue Wohnungen auf 31.000 qm in 26 Mehrfamilien-, Reihen- und Doppelhäusern zu schaffen, darunter zwei viergeschossige Häuser. Der Bauherr, die niederländische Bankentochter BPD, hat inzwischen ein Artenschutz- und Hochwasserschutzgutachten vorgelegt. Die

Bezirksregierung in Köln hatte keine Bedenken und machte damit den Weg frei für die Erteilung der Baugenehmigung des 1. Bauabschnitts von drei Häusern durch die Stadtverwaltung, wie diese auf Anfrage der KöWI-Fraktion im Planungs- und Umweltausschuss mitteilte.

Die Fraktion wollte wissen, ob der Investor die Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes erfüllt, wonach der Allgemeinheit keine Nachteile durch den Eingriff in die Retentionsfläche entstehen dürfen. Ob und warum das so ist, wollte KöWI-Ratscherr Wagner ganz genau wissen: „Wir haben Akteneinsicht beantragt und die Gutachten sowie die Bewertung durch die Bezirksregierung intensiv geprüft. Nähere Ausführungen dazu sind aus rechtlichen Gründen leider nicht möglich, allerdings finde ich die Haltung der Bezirksregierung angesichts der bestehenden Gesetzeslage weitestgehend nachvollziehbar. Die Tatsache, dass das Wasserhaushaltsgesetz die Betrachtung der Grundwassersituation ausklammert, ist aber gerade vor dem Hintergrund der unmittelbaren Nähe von Rhein und Grundwassersohle unbefriedigend. Für die unmittelbaren Anwohner bleibt wohl leider nur zu hoffen, dass sich das Hochwasserkonzept auch in der Praxis bewährt. Da bleiben wir skeptisch. Denn schon heute ist absehbar, dass mittlere Hochwasser und „Jahrhunderthochwasser“ häufiger auf uns zukommen werden. Deshalb wäre dieses Baugebiet im Überschwemmungsgebiet, würde es heute neu entwickelt, zurecht nicht mehr genehmigungsfähig. ■

► FLANIERMEILE MIT QUALITÄT

„SICHERHEIT ZUERST!“ AM RHEINUFER



Entwurfsplanung empfiehlt Fällung der mittleren Baumreihe

Die Rheinallee zwischen Clemens-August-Straße und Fähre soll eine attraktive Flaniermeile mit hoher Aufenthaltsqualität werden! Fußgänger, Rollstuhlfahrer und kleine Kinder sollen keine Angst mehr vor unliebsamen Kollisionen haben müssen. Das ist das Ziel der KöWI-Fraktion für die Umgestaltung der Rheinallee.

Bei einer Begehung haben die KöWIs festgestellt, dass zu diesem Zweck keine Bäume gefällt werden müssen, wie es das von der Stadtverwaltung beauftragte Ingenieurbüro vorgeschlagen hatte. Auch wenn man die Aufenthaltsqualität auf der Rheinallee mittel- und langfristig verbessern will, muss dafür kein Baum weichen.

Nach Auffassung der KöWIs müsste die Rheinpromenade an zwei Stellen verbreitert werden, um für Fußgänger und Radfahrer genügend Platz zu schaffen, und zwar einmal zwischen dem Kiosk der Bonner Personenschiffahrt und der Landebrücke 2 und zum anderen auf der Höhe der Haltestelle „Fähre“.

Neben dem Kiosk und bei der Landebrücke 2 gibt es bereits zwei Vorsprünge, die lediglich miteinander verbunden werden müssten. Dadurch könnte die Promenade als durchgehender Fußweg direkt am Rheinufer auf 4 bis 5 m verbreitert werden. Der mittlere Fußweg wäre dann entbehrlich und könnte zum Fahrradweg umgewidmet werden. Das ergäbe zwei Radwege, und man könnte die Fahrtrichtungen voneinander trennen. Lediglich das Tickethäuschen müsste verlegt werden.

Außerdem kann der Weg auf der Höhe der Fähre durch eine Auskragung verbreitert werden. Bis diese errichtet ist, wäre für die hochwasserfreie Zeit eine Führung des Radverkehrs durch die Anlegersenkende der Fähre zu prüfen.

Ein Dorn im Auge der Fußgänger sind die Raser unter den Radfahrern. Ihnen muss klar gemacht werden –die neue Beschilderung ist dafür ein erster Schritt–, dass die Rheinpromenade keine Rennstrecke zur leistungssportlichen Selbstverwirklichung sein kann.

Für Radfahrer, die zwischen Niederdollendorf und Bad Honnef schnell fahren wollen, muss ein zusätzlicher Radweg ausgewiesen werden. Eine Alternative könnte ein Radweg durch die Steinmetz- und Winzerstraße und westlich der Bahnlinie durch die Wilhelmstraße sein.

UMGESTALTUNG JETZT BEGINNEN.

Die Stadtverwaltung hat nicht zuletzt auf Druck der Bevölkerung sowohl ein Planungsbüro zur Lösung der kurzfristigen Verkehrsprobleme als auch ein Büro zur langfristigen Umgestaltung der Rheinallee beauftragt. Die KöWIs wollen die Planungen für die gestalterischen Verbesserungen schnellstens beginnen. Schon jetzt könnten einzelne Maßnahmen wie zusätzliche Sitzinseln, Sportgeräte, Wasserspiele und künstlerische Skulpturen so aufgebaut werden, dass sie möglichen späteren Maßnahmen nicht entgegen stünden.

Durch verkehrsregelnde Maßnahmen wie die Einführung von Tempo 30 oder zusätzliche Zebrastrifen könnte die Rheinallee für den Durchgangsverkehr unattraktiver werden. Langfristig muss das Rheinufer weitgehend autofrei werden, Zulieferverkehr, Anwohner und Fährverkehr ausgenommen. ■



► Weitere Informationen finden Sie unter www.koewi-online.de

NEUES ORGANISATIONSMODELL: INTEGRATION KANN GELINGEN

2017 kamen 139 geflüchtete Menschen erstmals nach Königswinter, deutlich weniger als geplant. Damit leben nach aktuellen Zahlen 361 Menschen mit unterschiedlichen Flüchtlingsstatus in Königswinter.

Rückblick: 2015 stand Deutschland vor erheblichen Herausforderungen bei der Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge. Auch in Königswinter wurden Zelte als Notunterkünfte aufgebaut und Turnhallen belegt.

Über Facebook-Gruppen und Nachbarschaftskreise wurde die Hilfe gebündelt. Ehrenamtliche und VerwaltungsmitarbeiterInnen leisteten enorme Anstrengungen, um das Nötigste für die Menschen zu organisieren. In der Folge verstetigten die HelferInnen ihr Engagement, gründeten Initiativen und setzten ihre Arbeit bis heute fort: Beispielsweise im „**Netzwerk Integration Königswinter (NIK)**“, in der **Begegnungsstätte „Grenzenlos“** in der Altstadt oder im „**Forum Ehrenamt**“. Auch die Politik wurde aktiv und setzte das Thema mit vielfältigen Anregungen und Anträgen auf die Tagesordnung.

Wir KöWIs forcierten die Koordination der Flüchtlingshilfe durch die Verwaltung und forderten im September 2015 die Einsetzung einer Koordinierungsstelle. Damals argumentierten wir, die Vernetzung der unterschiedlichen Hilfsangebote und die strategische Ausrichtung der Flüchtlings- und Integrationsarbeit würde sich langfristig für alle Beteiligten auszahlen. Im März 2016 wurde dann mit Sabine Bembenek, die bis dato das „**Netzwerk Flüchtlingshilfe**“ koordinierte, die neu geschaffene Stabsstelle „**Koordinati-on der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung**“ besetzt.

Heute konzentriert sich die Arbeit von Verwaltung und Ehrenamtlichen auf die Integration der Menschen. Schwerpunkte liegen hier bei der Wohnungssuche, der Aufnahme von Arbeit und der Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in Regelklassen.

Allen Beteiligten ist klar, dass Integration nicht zum Nulltarif oder in nur wenigen Schritten zu erreichen ist, sondern einen langen Atem braucht. Nun hat die Verwaltung die Zuständigkeitsstrukturen im **Geschäftsbereich „Soziales und Generationen“** reorganisiert und den **Bereich „Asyl und Flüchtlinge“** neu aufgestellt. Alle Leistungen und Integrationshilfen werden im Rahmen eines Fallmanagements im **Servicebereich „Asyl“** gebündelt.



VORRANG FÜR SOZIALEN WOHNUNGSBAU

NACHHOLBEDARF IST RIESENGROSS

Mehrfamilienhäuser sind in Königswinter rar. In den letzten 15 Jahren wurden fast nur neue Einfamilienhäuser gebaut. Ganz mau sieht es beim öffentlich geförderten Wohnungsbau aus. Während etwa die Hälfte der 19.000 Königswinterer Haushalte formal einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben (s.a. Handlungskonzept Wohnen der Stadt Königswinter), stehen ihnen nur 600 zur Verfügung. Davon fallen bis 2030 noch einmal 230 Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus. Es bleiben also nur noch 370 Wohnungen. Dieser Anspruch dürfte weit über dem tatsächlichen Bedarf beziehungsweise dem realistisch Umsetzbaren liegen, aber dennoch ist dies ein krasses Missverhältnis.

Von 126 Haushalten, die bereits 2016 einen Wohnberechtigungsschein erhalten haben, hatten nach Angaben der Stadt 41 bis Ende des Jahres 2017 noch keine Wohnung gefunden. Von 96 weiteren Haushalten, denen bis September 2017 Wohnberechtigungsscheine ausgestellt wurden, sind 66 bisher leer ausgegangen.

Auch wenn man nicht für alle Haushalte mit niedrigem Einkommen eine Sozialwohnung anbieten kann, hat das vom Stadtrat beschlossene „Handlungskonzept Wohnen“ dem öffentlich geförderten Wohnungsbau Priorität eingeräumt. Allerdings werden als Minimum 10 und als Maximum nur 30 neue Wohneinheiten an zentralen Standorten wie Oberpleis, Stieldorf und Oberdollendorf vorgeschlagen. Der Anteil Königswinters an den Sozialwohnungen im Kreis soll mit 7 Prozent

festgeschrieben werden. Das ist nach Ansicht der KÖWI-Fraktion nicht einzusehen, da der Bevölkerungsanteil bereits 11 Prozent beträgt und die Bautätigkeit in Königswinter der des Kreises seit vielen Jahren hinterherhinkt.

Der soziale Wohnungsbau ist in NRW insgesamt sträflich vernachlässigt worden. Um den Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen zu decken, müssten in NRW jährlich 80 000 Neubauwohnungen entstehen. Tatsächlich waren es 2016 nur 47 000 Wohnungen, und im letzten Jahr ging die Zahl der Baugenehmigungen im ersten Halbjahr um 17 Prozent auf 26 156 zurück.

QUOTE FÜR SOZIALWOHNUNGEN

Um diesem Mangel abzuhelpfen, sollte es in Königswinter ähnlich wie in Köln oder Bonn eine Quote für Sozialwohnungen geben bei allen Neubauvorhaben über 20-25 Wohneinheiten auf Flächen mit Planungsrecht und erst recht auf städtischen Flächen, solange dies nicht mit wichtigeren städtebaulichen Zielen kollidiert. Hier muss im Zusammenhang mit der Einführung eines Baulandmodells ein für Königswinter praktikabler Beschluss gefasst werden.

Außerdem muss gezielt nach Nachverdichtungsflächen gesucht werden. Das immer noch fehlende Baulückenkataster wäre hierfür eine gute Grundlage. Allein in Thomasberg und Ittenbach gibt es rund 280 Baulücken mit einer Fläche von 20 ha. Durch eine gezielte Ansprache der Eigentümer kann hoffentlich ein Teil dieser Flächen aktiviert werden.

Unabhängig vom sozialen Wohnungsbau müssen weitere Mobilisierungsmöglichkeiten für Wohnraumflächen geprüft wer-

den. Dazu gehörten z.B. unbürokratische Hilfen für Eigentümer, die ihr Haus aufstocken oder ihr Dach zu Wohnraum ausbauen wollen. In Königswinter gibt es zudem mobilisierbaren Wohnungsleerstand. Ein Register hierüber wäre hilfreich, um Hausbesitzer zur Bereitstellung ihres Wohnraums zu bewegen.

Angesichts des knappen Angebots an preiswertem Wohnraum haben wir unsere anfangs kritische Haltung zur Bebauung des Paul-Carré an der Eisenbahn in Niederdollendorf überdacht: Denn hier entstehen gerade 95 neue Wohnungen, zahlreiche Einzimmer-Wohnungen für Studenten und Rentner, die größere Wohnungen freimachen werden. Diese Planung geht der CDU zu weit. Selbst die ursprüngliche Planung von 92 Wohnungen traf vor allem auf den Widerstand der Niederdollendorfer CDU-Ratsherren. Eines der Gegenargumente: Der Verkehr werde zu stark zunehmen. Als es aber im Planungsausschuss um die Ablösung von zehn Parkplätzen ging, die der Investor nicht auf dem Grundstück unterbringen konnte, hatte die CDU dafür kein Verständnis. Man müsse doch davon ausgehen, dass zahlreiche Haushalte zwei Autos hätten. Vor allem Studenten seien motorisiert. Die KÖWI-Fraktion ist hingegen der Meinung, dass der Verzicht auf ein Auto leichter fallen wird, weil Bahnhof und Straßenbahn in unmittelbarer Nähe sind. CDU-Fraktionsvorsitzender Roman Limbach machte sogar einen zusätzlichen Parkplatzbedarf in Niederdollendorf von 100 Stellplätzen aus, für die der Sportplatz mit herangezogen werden müsse. Eine abstruse Vorstellung, die Verkehrskollaps und Umweltbelastung vorprogrammieren würde. ■



► Weitere Informationen finden Sie unter www.koewi-online.de

► KEIN TEMPO 30! LAND LEHNT KÖWI INITIATIVEN AB



KöWI-Ratsmitglied Stephan Bergmann will Ablehnung nicht akzeptieren

Seit Jahren bemühen sich die unterschiedlichsten Akteure um die Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich der Grundschule Heisterbacherrott und Haus Schlesien sowie in Uthweiler vor der KiTA Zwergenland.

Bisher hatte der Eigentümer der Straßen, das Land NRW in Gestalt des Landesbetriebs „Straßen NRW“, dies kategorisch abgelehnt. Kommunen durften das Tempo auf Hauptverkehrsstraßen nur dann auf 30 km/h begrenzen, wenn sie an der Stelle einen Unfallschwerpunkt nachweisen konnten. Durch eine Änderung der Straßenverkehrsordnung ist es inzwischen möglich, auch ohne einen solchen Nachweis Tempolimits auf Hauptstraßen in

„sensiblen Bereichen mit besonders schützenswerten Verkehrsteilnehmern (Kinder und ältere Menschen)“ einzuführen.

Nun sollte die Neuregelung auch in Königswinter greifen: Der Bau- und Verkehrsausschuss der Stadt hat auf Initiative des KöWI-Ratsmitglieds Stephan Bergmann (Uthweiler) und des Sachkundigen Bürgers Frank Mehlis (Heisterbacherrott) die Verwaltung beauftragt, in Heisterbacherrott die Einrichtung eines „Streckenverbots“ 30 km/h im Bereich der GGS Heisterbacherrott und Haus Schlesien zu prüfen. Zudem soll sie mit „Straßen NRW“ Kontakt aufnehmen, um im Bereich des Kindergartens in Uthweiler Tempo 30 auszuweisen. ■

FAIRE BESCHAFFUNG ARBEITS- UND MENSCHEN- RECHTE BERÜCKSICHTIGEN

Die schwarzgelbe Landesregierung hat die Beachtung internationaler Arbeits- und Menschenrechte aus den Vergabevorschriften (Tariftrueugesetz NRW) herausgenommen.

Die schwarzgelbe Landesregierung hat die Beachtung internationaler Arbeits- und Menschenrechte aus den Vergabevorschriften (Tariftrueugesetz NRW) herausgenommen. Die Neuerungen lösen die bisherige Verpflichtung der Kommunen auf, zwingend soziale Nachhaltigkeit (beispielsweise Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit) entlang der Lieferketten der eingekauften Produkte zu beachten.

Allerdings kann jetzt jede Kommune selber soziale und ökologische Kriterien in ihre Ausschreibungen integrieren. Die KöWI-Ratsfraktion hat in einem Antrag den Rat der Stadt aufgefordert, von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Dabei geht es im Falle der Stadt insbesondere um die Beschaffung von Arbeitsbekleidung. Diese Produkte gelten als besonders sensibel, weil aufgrund der internationalen Marktstrukturen hier ein besonderes Risiko besteht, das soziale Mindeststandards nicht eingehalten werden.

Nicht zuletzt der schreckliche Unfall in der Textilfabrik „Rana Plaza“ in Bangladesch hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die öffentliche Hand sollte deshalb ihre Einkaufsmacht nutzen und auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards achten.

► WAS KOMMT NACH DEM BERUF?

ZWAR NETZWERK STARTET MIT NEUEM SOZIALEM ANGEBOT FÜR SENIOREN

Das Netzwerk "Zwischen Arbeit und Ruhestand" für Menschen über 55 Jahren wird nun auch in der Altstadt, Ober- und Niederdollendorf sowie Römlinghoven etabliert werden.

Mit Stimmen von SPD und KöWI sowie einer Stimme aus den Reihen der Koalition (Grüne Alternative) stimmte der Sozialausschuss im Februar für die Projektidee. Der Caritasverband Rhein-Sieg hat angekündigt, das Netzwerk durch eine/n Sozialarbeiter/in zu begleiten. Als Kooperationspartner sind die ZWAR Zentralstelle NRW, der Caritasverband Rhein-Sieg e.V.,

die Evangelische und Katholische Kirche, sowie die Stadt Königswinter vorgesehen. Bereits 60 Gruppen gibt es in NRW, unter anderem auch in den Nachbargemeinden Bad Honnef, St. Augustin und Hennef. Die Idee dahinter: Die Gruppen sind stadtteilorientierte Selbsthilfeinitiativen, in denen sich TeilnehmerInnen kennenlernen, gemeinsame Interessen und Themen finden und gemeinsam Freizeit organisieren können. Inhalte und Strukturen werden so von den Teilnehmenden selbst bestimmt. Älteren MitbürgerInnen soll dadurch eine bessere Chance auf Teilhabe in der Gemeinde geboten werden. Es ist also kein neuer

Verein, sondern ein Angebot für Leute, die ihre Freizeit in Eigenregie ohne Bindung an einen Verein gestalten wollen.

CDU und FDP waren gegen diese Initiative, weil sie neue Konkurrenz für das existierende Vereinsleben befürchten. Dagegen findet es die KöWI-Fraktion schade, dass ZWAR vorerst nur im Talbereich von Königswinter gegründet werden soll. Florian Striwe, Ratsherr aus Oberdollendorf: „Von dieser erfolgversprechenden Aktion sollten die Menschen in ganz Königswinter profitieren. ■



BUCHMESSE LEIPZIG: OBERPLEISER STUDENTIN TRIFFT BERGHAUSENER AUTORIN

Mein Name ist Linda Schneider, ich bin 19 Jahre alt und komme aus Königswinter. Mein Vater Dirk ist seit deren Gründung für die Königswinterer Wählerinitiative tätig. Ich habe gerne bei ihren Aktionen geholfen.

Seit meiner Kindheit bin ich ein absoluter Bücherwurm. Deshalb habe ich nach meinem Abitur am CJD mein Studium im Fach "Buchhandel und Verlagswirtschaft" an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (kurz HTWK) in Leipzig begonnen. Im März war ich natürlich auf der Leipziger Buchmesse. Dort traf ich die Königswinterer Autorin Michaela Küpper, die ihren neuen Roman "Kaltenbruch" vorstellte. In dem Roman geht es um die Aufklärung eines Mordes in einem kleinen Dorf in Deutschland in den 1950er Jahren. Anhand des Kriminalfalls erzählt die Autorin eindrucksvoll über die Traumata der Menschen in jener Zeit: von der gefühlsmäßigen Erstarrung und Sprachlosigkeit und von den Spuren, die Chaos und Leid bei den vom Krieg Traumatisierten hinterlassen haben. Aber auch von der Sehnsucht nach Freiheit und Neuanfang.

Wie kamen Sie auf das Thema?

Michaela Küpper: Die Nachkriegszeit hat mich schon immer interessiert. Meine zentrale Frage lautete, wie gingen diese jungen Menschen, die all das Elend durchlebt hatten, eigentlich mit den schrecklichen Erlebnissen des Krieges um? Millionen betroffener Kinder, die in dieses Elend hineingeboren wurden oder darin aufgewachsen waren, die Bombenterror, Flucht und Vertreibung erlebt hatten. Wie hat sie

Wir gehen wählen, weil wir es können.



NEUE MEHRHEITEN FÜR KÖNIGSWINTERER!
am 25. Mai
Liste 3
wählen!

Freigegeben ab 16

köwi
ökologisch sozial lokal

Linda Schneider (2.v.l.) im Wahlkampf 2014

das geprägt als junge Erwachsene, wie hat sich das auf ihr weiteres Leben ausgewirkt? Dem habe ich nachzuspüren versucht.

Sie erzählten, dass die Schauplätze Ihrer Geschichten erfunden wären. Aber wurden Sie vielleicht auch von real existierenden Orten inspiriert?

Michaela Küpper: Die Geschichte ist im Rheinland verortet, aber das Dorf Kaltenbruch ist bewusst fiktiv. Ich wollte beim Erzählen größtmögliche Freiheit haben. Dieses Ort hätte zu jener Zeit überall auf dem Land sein können. Es geht ja um die damalige Stimmung. Die Einstellung der Leute und die Probleme, die sie zu bewältigen hatten waren überall recht ähnlich.

Sie erzählten, dass Sie viel recherchiert haben und erwähnten auch das Haus Schlesien in Königswinter.

Michaela Küpper: Ja, es war eine glückliche Fügung für mich, dass es hier vor Ort liegt. Im Haus Schlesien gab es eine sehr eindrucksvolle Ausstellung zum Thema Flucht und Vertreibung, begleitet von einer Vortragsreihe. Frau Findeisen, die die Vorträge gehalten hat, hat mich später auch bei meiner Arbeit unterstützt. Am 28. Juni darf ich den Roman dann auch dort präsentieren. ■

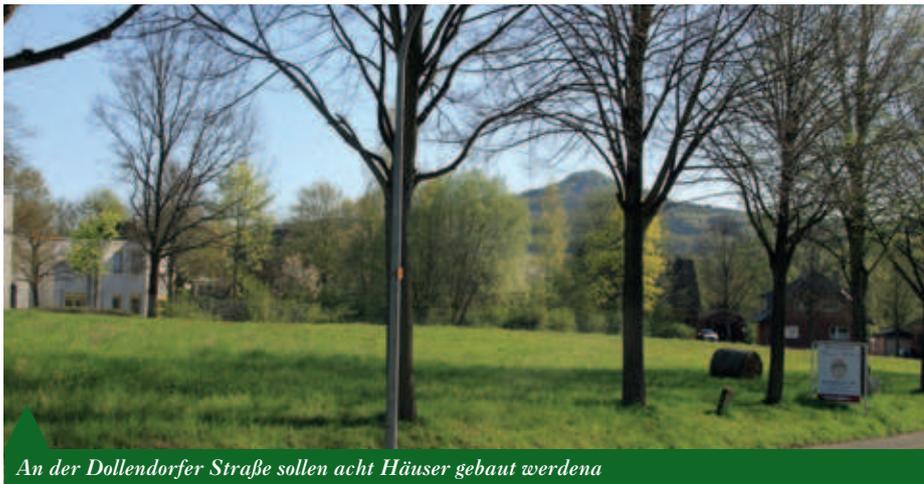
Michaela Küppers neuen Roman Kaltenbruch – mit persönlicher Widmung der Autorin – können Sie gewinnen. Einsendeschluss: 31. Mai 2018



ZU GEWINNEN!

Senden Sie eine E-Mail mit dem Betreff "Kaltenbruch" an info@koewi-online.de. Das Los entscheidet. Viel Glück!

► BEBAUUNG DOLLENDORFER STRASSE KOALITION VERHINDERT MEHRFAMILIENHAUSBAU



An der Dollendorfer Straße sollen acht Häuser gebaut werden

Eigentlich ist es erklärtes Ziel aller Fraktionen im Rat der Stadt Königswinter: Es muss dringend mehr preiswerter Wohnraum geschaffen werden.

Die geplante Bebauung der Freifläche zwischen „Saunapark Siebengebirge“ und Paul-Moor-Schule böte hierfür beste Voraussetzungen. Die zentrale Lage und die gute Oberpleiser Infrastruktur SPRECHEN aus Sicht der KöWi-Fraktion ausdrücklich für den Bau eines Mehrfamilienhauses, zumal die Fläche der Stadt gehört. Dies sah die Verwaltung genauso und hat die ursprüngliche Planung von acht Einzel- und Doppelhäusern entsprechend geändert. Damit hatte sie die Anregung eines Bürgers aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung im September 2016 aufgenommen, der die Berücksichtigung eines Mehrgenerationenhauses vorgeschlagen hatte.

Roman Limbach, CDU-Ratsherr konnte sich mit dem Gedanken eines Mehrfamilienhauses an der Dollendorfer Straße in der Nachbarschaft seines eigenen Hauses gar nicht anfreunden. Dies entspräche nicht dem Willen der Bürger, die bei einer Anhörung anwesend waren. Auch seien aus städtebaulicher Sicht hier wegen der besseren Vermarktung der Grundstücke nur Ein- und Zweifamilienhäuser sinnvoll. Nach einer Sitzungsunterbrechung, um seine Koalition auf Kurs zu bringen, hat er seine Position mit der Koalitionsmehrheit durchgesetzt.

KöWi-Ratsherr Lutz Wagner hält dies für einen GROßEN Fehler: „Bei der Schaffung preiswerten Wohnraums ist die Stadt in der Pflicht. Dies ist eine verpasste Chance, die zu Lasten der Familien mit geringem Einkommen geht.“ ■

► AUSBAU DÖTTSCHEIDER WEG CDU RATSFRAKTION WEISS ES BESSER

Der Ausbau des Döttscheider Weges in Ittenbach wird im sogenannten Trennungsprinzip (Trennung von Gehweg und Fahrbahn durch einen Bordstein) erfolgen. Das hat die CDU-Fraktion mit ihrer Koalitionsmehrheit gegen die Stimmen von SPD und KöWi durchgesetzt.

KöWi-Ratsherr Uwe Hupke hatte sich im Planungsausschuss für den Verwaltungsvorschlag eingesetzt, wonach der Abschnitt „L83 bis zur Einmündung Im Tälchen/Im Kleefeld2“ als sogenannte Mischverkehrsfläche realisiert werden sollte. „Aus unserer Sicht war dieser Vorschlag fachlich richtig und entsprach auch der Meinung der überwiegenden

Mehrheit der 90 Bürger, die bei der Vorstellung der Entwurfsplanung im Rathaus anwesend waren. Dass die Straße im Mischprinzip ein Sicherheitsrisiko darstellen würde, wie die CDU behauptet, können wir so nicht nachvollziehen.“ erläutert Hupke.

Besonders bizarr mutet die Erklärung von CDU-Ratsherr Gasper an, die Bürgerschaft künftig nicht mehr am Entscheidungsprozess zu beteiligen. „Der Planer präsentiert seine Entwürfe dem Ausschuss, und die dort bevorzugte Variante wird dann den Bürgern vorgestellt“, so der CDU-Politiker laut Generalanzeiger. Es gehe nur noch darum, den Bürgern zu erklären, was passiere. ■

KOMMUNALPOLITIK TRANSPARENT: MITMACHEN ERWÜNSCHT

Die KöWi-Fraktion lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, in ihren kommunalpolitischen Arbeitskreisen mitzumachen. Die Treffen sind grundsätzlich öffentlich und finden um 19 Uhr im Sitzungsraum der Oberpleiser Paul-Moor-Schule (Boseroth Str. 74) statt.

Im Arbeitskreis „Bildung und Soziales“ geht es um die Themen Schule, Kultur, Jugendhilfe und die Fachbereiche des Ausschusses für Soziales, Generationen und Integration sowie Tourismus. Im Arbeitskreis „Stadtentwicklung“ wird über Stadtplanung, Bauen, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz diskutiert.



Auch die Fraktionssitzungen der KöWis sind grundsätzlich öffentlich. Nur Themen aus nicht-öffentlichen Beratungen des Stadtrats oder der Ausschüsse müssen ohne Gäste diskutiert werden. Alle an Kommunalpolitik Interessierten sind sowohl zu den Arbeitskreisen als auch zu den Fraktionssitzungen herzlich eingeladen. **Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht. Unter www.koewi-online.de finden Sie alle Termine.**

NEU IN KÖNIGSWINTER: KÖWI-ORTSTEILTREFFEN

In der Königswinterer Altstadt muss es voran gehen. Wer daran Interesse hat, sollte sich diesen Termin merken: An jedem letzten Donnerstag im Monat findet der KöWi-Altstadttreff um 19 Uhr im „Tubak“ in der Hauptstraße statt.

Kritik, Anregungen und Fragen rund um die Altstadt sind hier an der richtigen Adresse. **Weitere Informationen gibt es bei Manuela Roßbach, Telefon 02223-4705**

Ab dem 28. Juni versammeln sich auch die Mitglieder und Interessenten aus Oberpleis, dem Oberhau und den umliegenden Ortsteilen erstmals zu einem Ortsteiltreffen. Weitere Treffen jeweils am letzten Donnerstag der Monate Juni, August und Oktober. Hier stehen ebenfalls die örtlichen Themen im Fokus. Interessierte BürgerInnen sind herzlich willkommen ihre Themen einzubringen. Nähere Informationen über Alexander Stucke, Telefon 02244-6609. Die Treffen finden im Haus Bramkamp jeweils um 19 Uhr statt.

► WIR SIND FÜR SIE DA!

VIELE OFFENE OHREN FÜR IHRE ANLIEGEN

RATSMITGLIEDER



Lutz Wagner, Uthweiler
Vorsitzender Ratsfraktion
Finanzen, Stadtentwicklung,
Umwelt- u. Naturschutz
lutz.wagner@koewi-online.de
02244-918605



Michael Ridder, Oberhau
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Bauen, Stadtentwicklung,
Wirtschaftsförderung
mail@michael-ridder.de
02244-912040



Florian Striewe,
Niederdollendorf
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Schule, Soziales, Migration
florian.striewe@koewi-online.de
02223-904619



Alexander Stucke
Oberpleis
Bauen und Verkehr, Rech-
nungsprüfung
astucke@online.de
02244 - 6609



Stephan Bergmann
Uthweiler
Jugendhilfe, Stadtentwicklung
stephan.bergmann@
koewi-online.de
02244-903022



Peter Landsberg, Altstadt
Soziales, Rechnungsprüfung
peterlandsberg@
yahoo.de
02223-279848



Sibylle Dickmann
Uthweiler
Jugendhilfe, Soziales
sibylle.dickmann@gmx.de
02244-8419964



Cora Ridder, Oberhau
Schule, Jugendhilfe,
Tourismus
mail@cora-ridder.de
02244-912040



Uwe Hupke, Ittenbach
Bauen und Verkehr, Sport
uwe.hupke@t-online.de
02244-6665
0171-2700217



Thomas Mauel
Oberdollendorf
Sport, Abwasserbetrieb
thomas_mauel@freenet.de
0170-5723992



Hannelore Stucke
Oberpleis
Schule, Sport
h.stucke@online.de
02244-6609

SPENDE FÜR INTEGRATIONSARBEIT



KöWIs unterstützen Integrationsnetzwerk

Was in den letzten beiden Jahren aufgebaut wurde, ist enorm“, er-
kennt Sibylle Dickmann, stellv. Vorsit-
zende von KöWI, die Arbeit von NIK,
dem Netzwerk Integration in Königs-
winter, an. „Mit unserer Spende möch-
ten wir diese Arbeit weiter unterstüt-
zen“.

Wie Silke Fielers von NIK erläutert,
werden erfolgreich Sprachkurse ange-
boten, NIK unterstützt Flüchtlinge bei
der Suche nach Wohnraum, einem Aus-
bildungs- oder Arbeitsplatz und hilft im
Umgang mit Behörden. Ganz wichtig:
Alle, die ihre Heimat verlassen mussten,
brauchen menschlichen Anschluss.

Auch dafür steht NIK mit seinen vielfäl-
tigen Angeboten wie der Fahrradwerkstatt,
den Kochrunden, der Fußballgruppe,
dem Mädchentreff oder dem Frauen-Café.

Mehr zur Arbeit von NIK unter:
www.nik-koenigswinter.de

SACHKUNDIGE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Victoria Ammon, Altstadt,
Schule, Altstadt
victoria.ammon@web.de, 02223-28231

Dr. Gisela Feller, Niederdollendorf,
Stadtentwicklung, Bildung
02223-24781

Birgit Kampa, Ittenbach, Familie, Mig-
ration, Soziales, Schule, birgit.kampa@
gmail.com, 0178-3930320

Frank Mehlis, Heisterbacherrott, Natur-
und Umweltschutz, Stadtentwicklung
mehlis@gmx.net, 02244-900302

Ulrike Ries, Altstadt, Migration,
Stadtentwicklung, Tourismus, Kultur
ulrikeries@yahoo.de, 02223-298360

Manuela Rossbach, Altstadt,
Soziales, Migration, Altstadtentwicklung
rossbach@koewi.net, 02223-4705

Dr. Friedemann Spicker, Thomasberg,
Stadtentwicklung, Senioren
AFSpicker@t-online.de, 02244-900990

Dr. Angelika Spicker-Wendt, Thomasberg,
Soziales, Migration, Senioren, a.spicker-
wendt@t-online.de, 02244-900992

Stephanie Striewe, Oberdollendorf,
Soziales und Migration
stephanie.c.mueller@googlemail.com



**Fraktionsbüro
Königswinterer Wählerinitiative e.V.**
Boserothter Straße 74
(Paul-Moor-Schule),
fraktion@koewi-online.de
www.koewi-online.de

Bürgersprechstunde:
jeden 1. und 3. Freitag, 14-16 Uhr
und nach Vereinbarung



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Florian Striewe,
Lindenstraße 29, 53639 Königswinter
Koordination: Lutz Wagner
Redaktion: U. Ries, F. Striewe, L. Wagner
Bilder: U. Ries und L. Wagner
Layout: LiCHTERLOH | Büro für Design
www.lichterloh-design.de
Druck: Siebengebirgs-Druckerei
www.siebengebirgsdruck.de